

Wir brauchen ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht

Deutschland geht es wirtschaftlich gut - wenn man nur auf zwei Kennzahlen blickt. Gemessen am „Bruttoinlandsprodukt“ und an der „Zahl der Erwerbstätigen“ leben wir offenbar in Goldenen Zeiten. Doch eine Betrachtung, die sich auf diese beiden Daten beschränkt ist kurzfristig. Die klassischen Indikatoren der Statistik sagen über die soziale Realität und die Lebensqualität in diesem Land zu wenig aus. Sie verschleiern wachsende Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit und liefern keine Informationen über die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Oft dienen sie als Begründung für kurzfristige Entscheidungen und Planungen, die dem Prinzip der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit widersprechen.

Eine genauere Analyse zeigt: Unsere Wirtschaft ist in mehrfacher Hinsicht aus der Balance geraten.

Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen gefährdet das makroökonomische Gleichgewicht. Die soziale Balance unserer Gesellschaft geht verloren. Bildungschancen und Arbeit sind längst nicht mehr fair verteilt. Und unsere Wirtschaftsweise gefährdet unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

- 1. Finanzkapitalismus ungebrochen.** Die Dominanz der Finanzwirtschaft mit ihren falschen Leitbildern, Fehlanreizen und kurzfristigen Profitinteressen gegenüber der Realwirtschaft ist noch längst nicht gebrochen. Auch hat es eine wirkliche finanzielle Beteiligung des Finanzsektors an den hohen öffentlichen Kosten der Krisenbewältigung bis heute nicht gegeben.
- 2. Europa aus der Balance.** In vielen Ländern wird die Bewältigung der Lasten der Finanzkrise - auch aufgrund der Politik der deutschen Bundesregierung - auf dem Rücken der Arbeitnehmer/innen und der Schwächeren ausgetragen. Zudem sind die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Ländern ein anhaltendes Risiko für die wirtschaftliche Stabilität. Deutschland hat sich zu sehr in eine Abhängigkeit von der Weltkonjunktur begeben.
- 3. Klimawandel und Umweltzerstörung.** Unser gegenwärtiger Wachstumspfad ist nicht nachhaltig und in einer Welt steigenden Wohlstands und wachsender Bevölkerung auch nicht zukunftsfähig. Wir brauchen größere Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Energiewende, der Reduzierung von schädlichen Emissionen und der Steigerung der Ressourcenproduktivität. Eine verantwortungsvolle gesamtwirtschaftliche Betrachtung muss die Kosten durch Umwelt- und Klimaschäden, durch den Verlust an Biodiversität und natürlichen Landschaften mitberücksichtigen, so wie es etwa der Stern-Report zu den ökonomischen Kosten des Klimawandels getan hat.

4. **Gute Arbeit - nicht für alle.** Zwar haben wir einen Höchststand bei der Erwerbstätigkeit, aber zugleich auch verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und einen hohen Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse. Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt nicht die gleichen Chancen wie Männer. 25 Prozent der Frauen und 15 Prozent der Männer arbeiten für einen Lohn von weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Bei vielen Beschäftigten in sicheren Arbeitsverhältnissen steigen Belastung und Druck, was sich an der Zunahme psychischer Erkrankungen zeigt.
5. **Für Viele kein Wohlstand.** Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, „Wohlstand für alle“ zu schaffen, gilt nicht mehr. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft weit auseinander. Auch die Bundesregierung urteilt: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt. So verfügen die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen...Im Berichtszeitraum zwischen 2007 und 2012 stieg das private Nettovermögen um 1,4 Billionen“ (Entwurf Armuts- und Reichtumsbericht). Auf der anderen Seite ist die Einkommensarmut auf 15 Prozent gestiegen. Die „Einkommensmittelschicht“ wiederum ist (laut einer Studie von Bertelsmann-Stiftung und DIW) seit Mitte der 90er von 65 auf 58 Prozent geschrumpft. Während Unternehmensgewinne, Managergehälter und private Vermögen gestiegen sind, bleiben reale private Investitionen in Deutschland hinter dieser Entwicklung zurück.
6. **Privater Reichtum, öffentliche Armut.** Zugleich ist die hohe öffentliche Verschuldung der Ausdruck einer zu geringen Finanzausstattung des Staates. Auch hier beschreibt der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes: „Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Mrd. Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt“. Während private Vermögen wachsen, fehlen der Gemeinschaft Mittel für die Kinderbetreuung, Schulen und die öffentliche Infrastruktur. Der deutsche Städte- und Gemeindebund stellte jüngst einen Investitionsstau von 100 Mrd. Euro fest.
7. **Herrschaft der Märkte statt Demokratie.** Die in weiten Teilen der Bevölkerung beklagte Dominanz der „Märkte“ über die Demokratie schwächt den Zusammenhalt und das Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit der Zukunft. Europa wird als bürokratischer Apparat empfunden und statt politischer Führung erleben die Menschen immer mehr Ohnmacht der Politik vor den wirklichen Herausforderungen der Welt. Schlechte Wahlbeteiligungen und politischer Extremismus sind ein Ausdruck dieser Tendenzen und ein alarmierendes Zeichen für die Demokratie.

Diese Ungleichgewichte schaukeln sich zusätzlich negativ auf. **Und wir reizen unsere Potenziale für ein innovatives, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsmodell nicht aus. Wir bleiben weit hinter unseren Möglichkeiten zurück.**

All diese schwerwiegenden strukturellen Ungleichgewichte bilden sich in der Kennzahl des BIP nicht ab. Auch daher wächst das Bewusstsein in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, dass das Bruttoinlandsprodukt allein nicht in der Lage ist, „Wohlstand“ zu definieren. Es gibt inzwischen viele internationale und nationale Vorarbeiten für neue und bessere „Wohlstandsindikatoren“. Auch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages hat Vorschläge dazu erarbeitet.

Wir brauchen einen **Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik**. Wir brauchen ein öffentliches Bewusstsein dafür, dass die Wirtschaftspolitik ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen zugleich verpflichtet

sein muss. Daher plädieren wir dafür, die Ziele der Wirtschaftspolitik im Sinne eines neuen Gleichgewichtes zu justieren:

1. Nach dem Vorbild des traditionellen „Magischen Vierecks“ der 1960er Jahre (Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität, Außenhandelsbilanz) wollen wir ein **neues „Magisches Viereck“** definieren, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.
 - **Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen:** Notwendige staatliche Ausgaben müssen über ausreichende Einnahmen finanziert werden. Die öffentliche Schuldenlast muss abgebaut werden, ohne notwendige Zukunftsaufgaben zu vernachlässigen.
 - **Materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit:** Eine leistungsfähige Volkswirtschaft, die Vollbeschäftigung anstrebt und eine möglichst ausgeglichene Leistungsbilanz aufweist.
 - **Soziale Nachhaltigkeit:** Reduzierung der Armut, gute Arbeit, eine gerechtere Einkommensverteilung und bessere Bildungschancen.
 - **Ökologische Nachhaltigkeit:** Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, Reduzierung der Treibhausgasemissionen und Steigerung der Ressourcenproduktivität.
2. Eine zukünftige Bundesregierung sollte diese Ziele eines neuen „Magischen Vierecks“ verbindlich festschreiben. Denkbar wäre es, das überholte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967 durch ein **„Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz“** zu ersetzen.
3. Unter Einbeziehung der umfangreichen Vorarbeiten zu neuen Indikatoren für eine neue „Wohlstandsmessung“ sollte die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit jährlich über den Fortschritt bei der Zielerreichung berichten. Dazu sollte sie einen **„Jahreswohlstandsbericht“** vorlegen, der die verschiedenen Einzelberichte (u.a. Jahreswirtschaftsbericht, Armuts- und Reichtumsbericht, Fortschrittsbericht der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland) berücksichtigt.
4. Diese demokratisch definierten Wohlstands- und Nachhaltigkeitsziele bilden die **Leitplanken für das Handeln von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft**.

Das Denkwerk Demokratie wird an diesem Konzept gemeinsam mit Expert/innen weiter arbeiten und dazu im Frühjahr ein **Eckpunktepapier** vorlegen.

Yasmin Fahimi, Michael Guggemos, Steffi Lemke, Andrea Nahles
Vorstand des Denkwerk Demokratie